ehelichungen und Sterbefällen näher betrachtet, so läßt sich nicht bestreiten, daß dieselbe stets und fast ausnahmslos in Anspruch genommen wird. Das ist ein Beweis, daß die Begründung der betreffenden Bestimmung zutreffend war, insofern sie dahin lautete, „daß es für die weiblichen Versicherten von Wert sein werde, bei ihrer Verehelichung eine wenn auch unbedeutende Summe baren Geldes zu erhalten und in die Ehe mit einzubringen." Die Erfahrung ergibt, daß diese Erstattung einen guten Eindruck macht, wenn auch die Summe oft dürftig ist und vielleicht gerade reicht, ein Stück Hausrat damit anzuschaffen. Wer die Verhältnisse näher kennt, in denen die Arbeiterfamilien leben, kann nur wünschen, daß dieses Recht auf Beitragserstattung nicht nur erhalten bleibt, sondern soweit möglich noch vervollkommnet wird. Wenn auch den Antragstellern pflichtmäßig erklärt wird, daß die Rentenanwartschaft erlischt, sobald die Erstattung erfolgt ist, so hilft das nichts. Die Betreffenden wollen das Geld haben, weil sie es brauchen, und sie nehmen lieber mit einer kleinen Summe vorlieb, als daß sie sich vertrösten lassen auf eine Rente in der Zukunft. Das wird sich schwerlich ändern lassen. Diesen Tatsachen der Lebensverhältnisse wird man sich nicht verschließen können, und es wäre nach Ansicht weiter, der Praxis der Sozialreform nahestehender Kreise ein sozialpolitischer Fehler, das Recht auf Erstattung, wie wohl verschiedentlich vorgeschlagen wird, zu schmälern.

* **Berlin**, 1. November. (Eine kraufe Partei.) Von dem Zwiespalte der Richtungen, die in der Sozialdemokratie seit der Dresdener Tagung in offenem Streite um die Herrschaft ringen, entwirft Pfarrer Naumann in der „Hilfe" folgendes interessante Bild: Im Grunde dreht es sich noch immer um die Vorfrage: Was ist eigentlich der Streitpunkt zwischen Bebel und den Revisionisten? Erst dann, wenn der Streitpunkt klar herausgeschält worden ist, kann aus der ganzen langen Debatte etwas herauskommen. Wir haben versucht, die verschiedenen Möglichkeiten, den Streitpunkt zu fixieren, uns klar zu machen: 1) Es handelt sich um den Gegensatz einer grundsätzlich revolutionären oder nichtrevolutionären Auffassung des Klassenkampfes. Das ist offenbar Bebels eigentliche Meinung vom Streit. 2) Es handelt sich um einen Gegensatz von Arbeitern und Akademikern. Das ist die Meinung vieler Gewerkschaftler. Dieser Gegensatz deckt sich keineswegs mit dem vorher genannten, denn ebensowohl unter den Arbeitern wie unter den Akademikern gibt es Revolutionäre und Nichtrevolutionäre. 3) Es handelt sich um einen Gegensatz der „ungelernten" Masse und der „gelernten" Oberschicht des Proletariats. Diese Meinung liegt verschiedenen Aeußerungen von Buchdruckern und andern besser gestellten Arbeitern zugrunde, ist aber weniger allgemein verbreitet als die zwei erstgenannten Meinungen. Das spricht aber an sich noch nicht gegen ihre Richtigkeit. Bebel streifte diese Ansicht, als er von den Arbeitern in gehobener Lebensstellung sprach. 4) Es handelt sich darum, ob das Proletariat erst die wirtschaftliche Macht erobern muß, ehe es politisch stark werden kann, oder ob umgekehrt erst die politische Machtgewinnung den wirtschaftlichen Aufschwung ermöglicht. Diese Fragestellung ist beispielsweise in den Aeußerungen v. Elms zutage getreten. Man kann, wenn man es scharf ausdrücken will, von einem Gegensatz der politischen und der unpolitischen Elemente in der Sozialdemokratie reden. 5) Es handelt sich um den Zeitpunkt, an welchem das Proletariat Einfluß gewinnen kann. Alle Sozialisten glauben an einen Sieg, aber es ist ein großer Unterschied, ob dieser Sieg in greifbarer Nähe erwartet wird oder nicht. Keiner dieser fünf Punkte ist für sich allein zu behandeln, es ist aber auch unmöglich, sie alle auf eine Grundformel zu bringen. Sobald man es versucht, zeigt sich die Unmöglichkeit. Es kann jemand Revolution für nötig, dabei aber den Sieg für sehr fern halten, oder Akademiker sein und dabei grundsätzlich die Klasse der „ungelernten" Arbeiter vertreten, oder „gelernter" organisierter Arbeiter sein und dabei nur von der Gewinnung der politischen Macht etwas erwarten usw. Das Durchdenken aller dieser Möglichkeiten erklärt den Zustand, den wir vor uns sehen. Es gibt nicht einfach zwei Heerlager und es gibt deshalb, trotz aller Gegensätze, keine Trennung, denn es fehlt das, was in der Sprache der Wissenschaft das principium dividendi heißt, der Einteilungsgrund. So kommt es, daß beide Behauptungen gleichzeitig wahr sind. Bebel sagt: wir sind uneinig! Der „Vorwärts" sagt: wir sind einig! Der eine versucht vergebens, die Uneinigkeit zu formulieren, die andere die Einheit. . . . Solange man theoretische Politik macht, trennen die Theorien, und von da an, wo man praktische Politik macht, trennen praktische Vorlagen. Die Sozialdemokratie ist über dieses erste Stadium herausgewachsen und in jenes zweite noch nicht eingetreten. Das erklärt ihre relative Unverwundbarkeit durch die in ihr sich kreuzenden Gegenströmungen. Je mehr Erfolg sie hat, desto verwundbarer wird sie. Fast sieht es aus, als ob deshalb manche ihrer Führer die wachsende Größe nicht liebten.

— Der neue Präsident des Reichsmilitärgerichts, General der Kavallerie Robert v. Massow, hat eine von der Regel abweichende militärische Laufbahn aufzuweisen, indem er wiederholt aus dem aktiven Dienst ausgeschieden war und dann wieder angestellt wurde.

Am 26. März 1839 zu Gumbin im Kreise Stolp geboren, wurde er am 2. Mai 1857 als Fähnrich im 1. Garde-Ulanenregiment angestellt. Mit der Ernennung zum Leutnant am 12. März 1859 sehen wir ihn zur Infanterie übertreten, und zwar zum damaligen 12. Infanterieregiment. Im Mai 1863 schied er aus dem aktiven Heere aus und trat zu den beurlaubten Offizieren des 3. Bataillons Landwehrregiments Nr. 12 über; in heutigem Sinne gesprochen, wurde er Reserveoffizier bei seinem Regimente. Aus dieser Stellung wurde ihm jedoch schon einen Monat später behufs Auswanderung der Abschied bewilligt, worauf er nach Nordamerika ging und von dort aus in den Dienst der konföderierten Südstaaten trat, um daselbst bis 1865 zu verbleiben. Kurz vor dem Ausbruche des Krieges von 1866 in das Vaterland zurückgekehrt, wurde er im Juli der Reserve-Landwehr-Dragoner-Division überwiesen, trat nach Beendigung des Feldzuges im September in das Inaktivitätsverhältnis zurück und wurde erst im November 1866 mit einem Patente vom 12. Mai 1862 im Dragoonerregimente Nr. 11 wieder angestellt, so daß er an seinem ersten Leutnantspatent nahezu drei Jahre einbüßte. Im Jahre 1868 zum überzähligen Premierleutnant befördert, rückte er erst 1869 in eine etatsmäßige Stelle ein, wurde bald darauf Brigade-Adjutant und beim Ausbruch des Krieges 1870/71 dem Stabe der 1. Kavallerie-Division beigegeben. In diesem Feldzuge fand v. Massow eine vielseitige Verwendung bei der 1. Reserve-Kavallerie-Brigade, bei der kombinierten Kavallerie-Brigade des XIV. Armeekorps und bei dem Detachement von der Goltz und erwarb sich das Eiserne Kreuz I. Klasse. 1876 als Rittmeister zum Ulanen-Regiment Nr. 9 versetzt, wurde v. Massow Adjutant beim Generalkommando des V. Armeekorps und trat im November 1877 in den Generalstab über, wo er bis 1885 verblieb, um dann den Befehl über das Dragonerregiment Nr. 2 zu übernehmen. Zum Major rückte er 1878, zum Oberstleutnant 1885 auf und wurde 1887 als Präses einer Remonte-Ankaufs-Kommission ins Kriegsministerium übernommen, wo er als Abteilungschef die neu errichtete Kavallerie-Abteilung übernahm. Im April 1888 erhielt er das 2. Garde-Ulanen-Regiment, trat 1899 an die Spitze der 25. Kavallerie-Brigade, wo er am 15. Dezember 1890 zum Generalmajor aufrückte. Im Jahre 1894 zum Generalleutnant befördert, erhielt er die 30. Division in Straßburg i. Els. und wurde 1898 kommandierender General des IX. Armeekorps in Altona, in welcher Stellung er 1899 zum General der Kavallerie befördert wurde. (Köln. Ztg.)

— Die „Tägl. Rundsch." erfährt, in der Ministerkonferenz sei beschlossen worden, vor den Handelsverträgen Steuervorlagen an den Reichstag nicht gelangen zu lassen.

— Der Berliner Magistrat beschloß, am 12. November den Unterricht in den Schulen wegen der Landtagswahlen ausfallen zu lassen, da die Schulräume zu Wahlzwecken benutzt werden müssen.

— Zwei Wahlfälschungsprozesse werden gleichzeitig am Montage nächster Woche in Köslin und in Konitz zur Verhandlung kommen. In dem ersteren handelt es sich um die Wahlfälschung in Groß-Satzpe, wo einige vierzig Wähler bereit sind, zu beeiden, daß sie in der Stichwahl den freisinnigen Kandidaten Dr. Barth gewählt haben, während bei der Feststellung des Wahlergebnisses nur 15 Stimmen für Dr. Barth gezählt wurden. Die Verhandlung dürfte sich recht interessant gestalten. Es sind über 50 Zeugen geladen, darunter auch Redakteur Emil Brandt, der im letzten Wahlkampf der Leiter des liberalen Wahlbureaus in Köslin war. Angeklagt sind die beiden Brüder Rittergutsbesitzer Käding in Groß-Satzpe. Vor der Strafkammer des Landgerichts in Konitz wird sich der Wahlvorstand des Wahlbezirks Damerau, Kreis Flatow, zu verantworten haben, der beschuldigt ist, Stimmzettel, die auf den Namen des antisemitischen Kandidaten, des Redakteurs Otto Böckler, abgegeben waren, gegen auf den Namen des polnischen Kandidaten, des Rittergutsbesitzers v. Komierowski, lautende vertauscht zu haben.

— Die Erben des verstorbenen Staatsministers Dr. Johannes von Miquel beabsichtigen, die hinterlassenen Papiere ihres Vaters, seine Briefe und Aufzeichnungen, zu veröffentlichen. Sie richten an alle, die Briefe von dem verstorbenen Minister besitzen, das freundliche Ersuchen, sie im Original oder in getreuer Abschrift an Herrn Landrat von Miquel in Rathenow einzusenden. Auch die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart, in deren Verlag die Miquelschen Memoiren erscheinen werden, ist zur Entgegennahme bezw. Weiterbeförderung von Manuskriptsendungen bereit. Für zur Abschrift zeitweilig überlassene Originalhandschriften wird volle Gewähr geleistet und baldige Rücksendung zugesichert.

— Für die Notleidenden in den durch die diesjährigen Ueberschwemmungen heimgesuchten schlesischen Gebieten haben u. a. bis jetzt 325 deutsche Städte Unterstützungen bewilligt.

— In der Reihenfolge der Fragen, die der Sachverständigen-Kommission über die Reform des Strafprozesses unterbreitet worden sind, steht die Einführung der Berufung selbstverständlich in letzter Linie. Erst wenn die Fragen des Vor- und des Hauptverfahrens durchgesprochen sind, können die Gründe für und gegen Einführung der Berufung sachgemäß erörtert werden. Das rechtsuchende Publikum interessiert sich naturgemäß sehr angelegentlich dafür, in welcher Weise die Sachverständigen-Kommission Stellung nehmen wird zu dieser Frage. Da die Abstimmungen der Kommission in der ersten Lesung nicht ohne Vorbehalt erfolgen, wird man sich bis zur zweiten Lesung zu gedulden haben. Diese wird voraussichtlich erst in einem der ersten Monate des nächsten Jahres stattfinden, allerdings aber auch sich schnell erledigen lassen.

— Das sozialdemokratische Geheimgericht gibt ein Lebenszeichen von sich. Es läßt im „Vorwärts" auf eine Erklärung Vollmars antworten. Vollmar hatte gegen die Befugnis der Parteileitung Einspruch erhoben, sich als Gerichtshof über des Parteiverrats angeklagte Genossen aufzuwerfen. Das sei Sache der Lokalorganisationen. Darauf wird im „Vorwärts" folgende Antwort des Geheimgerichts gebracht: In der gemeinsamen Beratung, welche Parteivorstand und Kontrollkommission in der Angelegenheit Bernhard, Braun und Genossen Dienstag, den 27. d. M. hatten, ist auf den Irrtum Vollmars hingewiesen worden. Die Partei bildet eine Einheit und jeder Parteigenosse hat das Recht, gegen jeden andern Parteigenossen, einerlei, wo dieser wohnt oder organisiert ist, einen Antrag auf Einsetzung eines Schiedsgerichts wegen einer ehrlosen Handlung zu stellen. Auch sind schon mehrfach Schiedsgerichte zusammengetreten in Fällen, in denen es sich nicht um einen Antrag auf Ausschluß aus der Partei wegen einer ehrlosen Handlung, sondern um Beschwerden anderer Art über einen Parteigenossen handelte. Im letzteren Falle steht es aber in der freien Entschließung des Vorstandes, ob er zu einem solchen Schiedsgericht einen Vorsitzenden ernennen will oder nicht. Ein solches Schiedsgericht fand z. B. statt in dem Streit Berthold-Mehring. Die Konferenz war nur in dem Punkt mit den Ausführungen Vollmars einverstanden, daß der Vorstand nicht in corpore als Schiedsgericht fungieren könne. Dagegen war die große Mehrheit der Ansicht, daß ein solches Schiedsgericht auch der Vorstand in corpore bilden könne, wenn die angeklagten Genossen ihr Einverständnis damit erklärten.

— Ueber das polnische Genossenschaftswesen werden in der polnischen Presse folgende Mitteilungen gemacht: Die ersten polnischen Genossenschaften entstanden vor 40 Jahren. Im Jahre 1873 wurde ein Verband polnischer Genossenschaften für Posen und Westpreußen gebildet, dem 43 Genossenschaften mit 7660 Mitgliedern und 623 486 Mark Anteilen beitraten. Die Spareinlagen betrugen 2 Millionen Mark. Ende 1902 umfaßte der Verband 138 polnische Genossenschaften mit 62 135 Mitgliedern, 9,25 Millionen Mark Anteilen, 3,5 Millionen Mark Reservefonds, 49 Millionen Mark Spareinlagen und 871 000 Mark Reingewinn für das Jahr 1902. Dazu treten etwa 9 Millionen Mark Spareinlagen. In Oberschlesien verfügen die polnischen Kassen auch schon über 15 Millionen Mark. Alles in allem haben die preußischen Polen ein sozusagen organisiertes Kapital von rund 100 Millionen Mark.

— In letzter Zeit ist eine Reihe tödlich verlaufener Unfälle in elektrischen Betrieben bekannt geworden, bei denen zweckmäßige Wiederbelebungsversuche nicht angestellt worden sind, obwohl sie anscheinend nicht aussichtslos gewesen wären. Der preußische Minister für Handel und Gewerbe empfiehlt daher in Uebereinstimmung mit einer Anregung der Technischen Deputation für Gewerbe, in allen gefahrbringenden elektrischen Betrieben die Arbeiter mit den zur Wiederbelebung Verunglückter erforderlichen Maßnahmen vertraut zu machen, insbesondere die künstlichen Atmungsbewegungen mit ihnen zu üben.

— Hier angekommen sind der Justizminister Dr. Schönstedt vom Urlaub, der Ministerialdirektor im Kultusministerium Dr. Förster vom Urlaub, der russische Botschafter Graf von der Osten-Sacken. — Der chilenische Gesandte Francesco A. Pinto hat Berlin verlassen. Während der Dauer seiner Abwesenheit führt der Erste Legationssekretär Wenceslao Blasco-Solar die Geschäfte der Gesandtschaft. — Der Kommissar der Landesverwaltung für Elsaß-Lothringen beim Bundesrat, Geheime Oberregierungsrath Leydecker, ist von Berlin abgereist.

— Der zum Nachfolger des Wirkl. Geh. Rats Gutbrod, des neuen Reichsgerichts-Präsidenten, ernannte Wirkl. Geh. Oberjustizrat Dr. Hoffmann, ein geborener Frankfurter, hat sich sehr erhebliche Verdienste erworben bei der Herstellung des neuen Handelsgesetzbuches; es wird von allen Parteien und von der Rechtsanwaltschaft ebenso wie vom Richtertum als ein ganz hervorragendes Gesetzgebungswerk geschätzt.

— In der „Voss. Ztg." kann man lesen: „Herr Maximilian Harden hält in der neuesten Nummer der „Zukunft" seine Behauptung, die „Voss. Ztg." habe sich um seine Mitarbeiterschaft beworben, aufrecht; es sei das am Anfang der neunziger Jahre geschehen. Demgegenüber stellen wir fest, daß weder von dem Verlage, noch von dem Chefredakteur der „Voss. Ztg." Herr Harden jemals zur Mitarbeiterschaft aufgefordert worden ist. Im Gegenteil ist gegen die Mitarbeiterschaft des Herrn Harden, als der damalige Redakteur der Sonntagsbeilage im Sommer 1890 einen Aufsatz von Herrn Harden für die Sonntagsbeilage anzunehmen beabsichtigte, von dem damaligen Chefredakteur wirksamer Einspruch erhoben worden."

— Der obligatorische Fortbildungsunterricht wird in Berlin binnen kurzem mit gleichzeitiger Errichtung einer Pflichtfortbildungsschul eingeführt werden. Nachdem eine Magistratskommission die Frage geprüft hat, wird der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage machen.

— Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten hat den Eisenbahndirektionen die vom Verbande deutscher Elektrotechniker herausgegebenen Sicherheitsvorschriften für den Betrieb elektrischer Stromanlagen zugehen lassen.

* Aus der **Ostmark.** In den polnischen Blättern warnt der Propst Dr. v. Skrzydlewski seine Amtsbrüder vor einseitiger Begünstigung der sogenannten polnischen Hofpartei und vor der Anzweiflung des Katholizismus der Anhänger und Kandidaten der Volkspartei. Wenn die Volkspresse in gleicher Weise die der Volkspartei nicht gefallenden Kandidaten kritisieren wollte, ob sie klerikal oder antiklerikal seien, so würde zwischen der Geistlichkeit und einem Teile des Volkes direkt ein Zwiespalt hervorgerufen. Die letzten Wählerversammlungen hätten zur Genüge bewiesen, wie der Einfluß vieler Geistlichen auf das Volk schwinde. . . . Um nicht die Würde der Kirche zu verletzen, dürfe man nicht gegen den Strom schwimmen. Was für eine Stellung würden aber die Geistlichen dem Volke gegenüber einnehmen, die heute sich im Uebereifer zu sehr engagierten, falls es der Volkspartei gelingen würde, mit mehr Erfolg die katholische Sache zu verteidigen, als dies in letzter Zeit in den gesetzgebenden Körperschaften möglich gewesen sei. Der Herr Propst schließt zwar mit der Mahnung, der Priester müsse über den Parteien stehen, aber er hat hinzuzufügen vergessen: über den polnischen Parteien. Daß er gegen das Deutschtum kämpft, ist selbstverständlich. Im übrigen sind sich auch erfahrene Ostmärker nicht einig darüber, ob die „Hofparteiler" (Typus Admiralski) oder die Volksparteiler (Typus Kulerski) gefährlicher sind.

* **Potsdam**, 1. November. An Stelle des zum Oberpräsidenten von Ostpreußen ernannten bisherigen Regierungspräsidenten v. Meister in Potsdam, ist der Oberpräsidialrat der Provinz Brandenburg, von der Schulenburg, zum Regierungspräsidenten in Potsdam ernannt worden.

* **Weimar**, 1. November. Der Großherzog und die Großherzogin sind von Baden-Baden hier wieder eingetroffen.

* **Aus Oberschlesien.** Der oberschlesische radikal-polnische „Gornoslazak" veröffentlicht heute eine ihm vom Kardinal Kopp zugegangene Berichtigung, in welcher der Kardinal erklärt, daß er der von oberschlesischen Erzpriestern erlassenen Erklärung betreffs der Landtagswahlen in Oberschlesien völlig fern stehe.

△ In **Trier**, der Hochburg des Ultramontanismus, beging am 1. November ein tapferer Verkämpfer des liberalen Gedankens auf einsamem vorgeschobenen Posten den Tag, an dem er vor 25 Jahren diesen Kampf aufnahm: Chefredakteur Georg Kaufkky leitet seit 25 Jahren die „Trierische Zeitung", und 22 Jahr hindurch führt er den ihm von dem streitbaren Bischof Korum aufgezwungenen Kampf. Daß das einzige liberale Blatt gegen die übermächtigen ultramontanen Strömungen in der Residenz des Bischofs Korum keinen leichten Stand hat, bedarf kaum der Erwähnung. Der Jubilar, am 15. Dezember 1845 zu Neplar geboren, wo sein Vater Medizinalrat war, ergriff ursprünglich die militärische Laufbahn, wurde 1864 Offizier und nahm 1876 seinen Abschied, um Schriftsteller zu werden. Er siedelte zunächst nach London über, wo er für mehrere deutsche Blätter schrieb; nach sieben Monaten verließ er die britische Hauptstadt und trat als Volontär in die Redaktion der in München erscheinenden „Süddeutschen Presse" ein, in der er bis zum ersten politischen Mitredakteur aufrückte. Am 1. November 1878 endlich übernahm er die „Trierische Zeitung". An dem politischen Leben Triers nahm er stets regen Anteil.

* **Saarbrücken**, 1. November. Nach zweitägiger Verhandlung wurde der Redakteur Lehnen der Dasbachschen „Neunkirchener Zeitung" wegen Beleidigung der königlichen Bergwerksdirektion und ihres Vorsitzenden, des Geheimrats Hilger, in zwei Fällen zu 300 und 200, zusammen zu 500 ℳ Geldstrafe und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt.

* **München**, 1. November. Den Wortführern der liberalen Fraktion der Zweiten Kammer sind aus Anlaß der siebentägigen Staatsdebatte brieflich und telegraphisch aus allen Teilen des Landes Kundgebungen zugegangen, die nahezu sich auf 100 belaufen. Sie bekunden übereinstimmend die Freude, daß die liberalen Redner so nachdrücklich der Besorgnis Ausdruck gegeben haben, die die Besten des Landes über die künftige Gestaltung der Dinge lange Monate erfüllt hatte. Wenn auch einzelne Schreiben nicht verhehlen, daß noch immer manche Sorge obwaltet, so spricht doch fast aus allen die Hoffnung, daß die feierlichen Erklärungen, die die neue Regierung vor dem Lande abgegeben hat, durch die Tatsachen gerechtfertigt werden. Auch aus dem übrigen Deutschland sind bemerkenswerte Kundgebungen eingelaufen, namentlich aus akademischen Kreisen. Sie sind inhaltlich im wesentlichen der gleichen Art wie die Zuschriften aus Bayern; sie bekunden dazu, wie lebhaft erfreulicherweise im übrigen Deutschland das Interesse sich regt, daß Bayern seiner Bedeutung als zweitgrößter Bundesstaat gemäß von einer starken Regierung auf den Bahnen der Kultur und religiöser Verträglichkeit und der Reichstreue vorwärts geführt wird.

* **München**, 1. Oktober. Die Polizei verlangte die Schließung des Warenhauses Schmoller binnen drei Tagen auf Grund der neuen Sicherheitsbestimmungen für Warenhäuser.

Oesterreich-Ungarn.

Auswanderung.

ϑ **Wien**, 1. November. Die wirtschaftliche Depression in den beiden Reichshälften, mit hervorgerufen durch das häufige Stocken der parlamentarischen Tätigkeit, hat auf die Auswanderungsbewegung stark eingewirkt. Nach amtlicher Statistik betrug die Zahl der Europamüden in den letzten vier Jahren 239 705, von denen auf das Jahr 1899 48 120, auf das Jahr 1900 69 697, auf das Jahr 1901 63 698 und auf das verflossene Jahr 58 190 kommen. Ueber deutsche Häfen wanderten in den Jahren 1899—1901 129 979 Personen aus, während die übrigen auf die Häfen von Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen und Genua entfallen. Die meisten Auswanderer haben sich nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika begeben, während die andern sich in Kanada, Argentinien und Brasilien niederließen.

Die Magd ist jammernd herzugelaufen, um sich zu verteidigen.

„Ich kann nichts dafür, Frau Capitant, Gott soll mich strafen, wenn ich eine Schuld daran habe. Bloß daß ich ihr gesagt habe, daß Sie dabei wären bei den Fahrern, und da wollte sie Sie sehen, und ich mußte doch zum Herrn Sanitätsrat hinauf, und schon, wie ich wieder herunterkomme — da ist sie weg."

„Weg? Edith?"

„Ja, und in die Stadt gelaufen, bis vors Tor, bis auf den Feldweg. Wir suchen sie noch überall, und es ist doch so ein Geschrei und Gefahre in der Stadt."

„Edith — ist — das Kind, das man — das man überfahren hat?!"

Eine furchtbare Pause. Die beiden Frauen haben wieder jammernd die Hände vors Gesicht genommen. Liselotte berichtet ihr endlich mit vor Tränen zitternder Stimme. In dem einzigen unbewachten Augenblick war Edith davongelaufen — „sie wolle ihre Ma sehn" — und an der Ecke beim Bahnhof, noch bevor jemand hinzustürzen konnte, um sie zurückzureißen, kam sie ins Gedränge. Den Führer des Automobils traf keine Schuld — mit großer Geistesgegenwart hatte er in letzter Sekunde noch gehalten — aber in der allgemeinen Aufregung war das Kind zurückgerissen worden, schwer zu Fall gekommen und auf der Stelle liegen geblieben. . . . . .

„Tot?!" entringt sich's in jähem Aufschrei Marions Kehle.

Die Frauen schluchzen noch stärker. Liselotte nicht nur in stummer Ergriffenheit.

Die Sinne vergehen Marion. Sie faßt nach dem Treppengeländer, um sich zu halten. Liselotte springt ihr bei, um sie in ihren Armen aufzufangen.

Noch einmal stöhnt Marion laut auf — dann umfängt sie eine tiefe Ohnmacht.

Zwölftes Kapitel.

In Aachen herrschte allgemeiner Festjubel.

Das Ziel „Schönthal" dicht bei der Stadt war schon vom frühen Morgen an von Tausenden von Neugierigen umlagert.

Man hatte eine große Tribüne errichtet, auf der vom Mittag an eine Kapelle konzertieren sollte. Voraussichtlich trafen die letzten Rennwagen erst abends, wenn nicht in der darauffolgenden Nacht ein. Für die Rennfahrer waren allerlei glänzende Ehrungen in Aussicht genommen: im Kurhause fand ein Bankett statt, im Kurgarten veranstaltete man eine große Reunion mit italienischer Nacht.

Gegen fünfhundert Franzosen waren den Abend zuvor mit der Bahn von Paris abgereist, um beim Endkampfe des ersten Renntages in Aachen zugegen zu sein. Das internationale Gepräge gab dem sonst stillen, in seinem Straßenbilde ein wenig nüchternen Orte etwas Großstädtisches.

Von stürmischen Jubelrufen begrüßt, passierte Fournier gleich nach zwölf Uhr das Ziel. Er hatte fast ununterbrochen die Führung behauptet. Mit größter Spannung hatte man die Depeschen und telephonischen Meldungen aus den Kontrollstationen und den übrigen Durchfahrtsorten verfolgt.

Die gefährlichsten Konkurrenten für ihn während der ersten Morgenstunden waren Girardot, Charron und Donat gewesen.

Alle drei hatte er glänzend geschlagen.

Girardot hatte durch das Platzen eines Pneumatiks bei Sedan viel Terrain verloren — Charron war der Wagen ganz und gar zerbrochen.

Nach dem Stande der Meldungen aus Chateau-Lanney kam schließlich niemand mehr als Donat in Frage.

Am Ziele in Aachen fiel besonders ein Belgier, der gleichfalls soeben erst aus Paris hier eingetroffen war, durch seine Aufgeregtheit auf. Den Fachleuten war er nicht bekannt. Man vermutete daher, daß er gleich vielen anderen Herren der Geschäfts- und Lebewelt sich nur mit hohen Wetten engagiert hatte. Es war allgemein bekannt, daß Wetten in Höhe von mehreren Millionen Francs abgeschlossen worden waren.

Endlich machte sich der Fremde mit einigen der Herren vom Comité bekannt. Man erfuhr nun, daß es Monsieur Hevesy war, der Brüsseler Fabrikbesitzer, dessen Namen man schon verschiedentlich als den des Hauptgeldgebers von Capitant hatte nennen hören.

Die Leistung der neuen Capitantschen Maschine, die der junge Deutsche, Capitants Compagnon, steuerte, rief Sensation hervor. Als das Resultat aus Chateau-Lanney vorlag, beglückwünschte man den Belgier bereits.

Die Gefühle der am Ziele Versammelten wechselten bei jeder neuen Meldung. Diejenigen, für die der Sieg Fourniers einen sicheren Gewinn bedeutete, gerieten in die größte Unruhe, als sie von dem Ort für Ort an Chancen gewinnenden Tempo Donats hörten.

Das Interesse der geschäftlich nicht Beteiligten war für diesen Wagen deshalb besonders lebhaft, weil bekannt geworden war, daß sich eine Dame auf ihm als Mitfahrerin befand. In der Viertelstunde, die der Meldung von Donats Durchfahrt durch Chateau-Lanney folgte, schwebte der Name der temperamentvollen Chauffeuse auf aller Zungen.

Es wurden unter der Hand sofort wieder kleine Wetten vorgenommen. Man berechnete die Fahrzeit, die der Donatsche Wagen voraussichtlich bis St. Vith brauchen würde, und setzte für und gegen.

Aber Minute um Minute verging über die angenommene Zeit hinaus, ohne daß eine Meldung aus St. Vith eintraf.

Hevesy, ein kleiner, korpulenter Herr, stürmte endlich zum Telephon und ließ sich mit der letzten Kontrollstation verbinden. Man berichtete ihm, daß soeben der Wagen, den Donat kurz vor Chateau-Lanney überholt hatte, St. Vith passiert habe.

„Wo sind Donat und Capitant geblieben?" fragte der Brüsseler außer sich.

Das wußte man nicht zu sagen. Auch der Konkurrent, der sie überholt hatte, vermochte keine Auskunft zu geben. Er hatte den Capitantschen Wagen auf der ganzen Rennstrecke nicht gesehen.

Nun bemächtigte sich eine steigende Aufregung der Versammlung. Es war den meisten gewiß, daß ein Unglücksfall stattgefunden hatte. Sicher war der Capitantsche Wagen in dem torfmoorbedeckten, auch heute wieder ziemlich nebligen Gelände zwischen dem Venn und der Eifel vom Wege abgekommen.

Nach einer weiteren spannungsvollen Viertelstunde traf dann endlich aus St. Vith die Bestätigung dieser Vermutung ein: der Donatsche Wagen war dicht beim Dorfe Hütting eine Böschung von sechs Metern hinabgestürzt. Capitants Tod war auf der Stelle eingetreten, der zerstörte Wagen lag im Moor, das Rennen war für ihn verloren!

Hevesy war ganz verzweifelt.

Ungesäumt wollte er zur Unglücksstätte eilen. Aber man war davon durch das Rennen selbst im Augenblick völlig abgeschnitten. Ein Verkehr mit Pferden war auf der Chaussee innerhalb der nächsten Stunden ganz ausgeschlossen — fast ebenso gefährlich aber war es, den Rennwagen in einem Automobil entgegenzufahren.

So mußte sich Hevesy also dazu entschließen, die Eisenbahn zu benutzen.

Es war sechs Uhr abends, als er endlich an der Unglücksstätte eintraf.

Donat hatte ein paar böse Stunden hinter sich. Die Aufregung der Bevölkerung über den tödlichen Sturz des Pariser war ebenso groß und lästig, als das neugierige Interesse für die regungslos daliegende Maschine.

Mittels der Decken, die sich in der kleinen Bagage auf dem Wagen selbst befanden, entzog Donat den Anblick des Toten dem Gaffen der Menge. Der Doktor aus St. Vith, den man ihm endlich zuführte, konnte auch nur Capitants Tod feststellen.

Hevesys Verzweiflung vergrößerte noch den allgemeinen Wirrwarr. Immer wieder drang er mit vorwurfsvollen Fragen in Donat: wie das Unglück denn nur möglich gewesen wäre, welch ein Zufall oder welches Mißgeschick es herbeigeführt habe?

Auf die Folge der Geschehnisse vermochte sich Donat selbst nicht mehr zu besinnen. Er zeigte sich wortkarg und verbittert. Mehr und mehr quälte ihn der stechende Schmerz in der Schulter. Er mußte mehrmals die Zähne fest aufeinanderbeißen, um nicht vor Schmerz aufzuschreien.

Dem Doktor fiel schließlich sein verzerrter Gesichtsausdruck auf; er fragte ihn aus und drang auf eine Untersuchung. Dabei ergab sich eine Verletzung des Schulterknochens, zum mindesten der Knochenhaut.

„Sie müssen sich sofort in ärztliche Behandlung begeben", sagte der Doktor, „so unscheinbar die Sache aussieht — die Folgen einer Vernachlässigung können für Sie höchst betrüblich sein."

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.